

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 26/3 (1999)

DOI: 10.11588/fr.1999.3.47911

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

stischen Haltung der Westmächte 1938/39 trägt zum Verständnis des Agierens des Kremlherren im Kalten Krieg bei. Eher enttäuschend fallen demgegenüber die Partien zu den Hochphasen der Entspannung aus: Das westliche Interesse an einem Wandel der Lebensverhältnisse im Ostblock wird kaum thematisiert, und entsprechend werden auch die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Entspannungsansätzen nicht deutlich. Hinsichtlich des Endes des Ost-West-Konflikts stehen unterschiedliche Erklärungsansätze nebeneinander, ohne daß zwischen ihnen vermittelt würde: Wirtschaftliche Stagnation auf beiden Seiten, Rückkehr Reagans an den Verhandlungstisch, strategischer Bedeutungsverlust des osteuropäischen Vorfelds der Sowjetunion.

Zu korrigieren ist aufgrund neuer Quellenfunde, daß Andropow zu den Gegnern des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan gehört haben soll. Ebenso läßt sich die Behauptung nicht länger aufrecht erhalten, Jaruzelski habe bei der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 unter der Drohung einer sowjetischen Invasion gehandelt. Bei der Gründungskonferenz des Kominform waren nicht nur osteuropäische Parteiführer anwesend, und Pleven trug seinen Vorschlag zur Schaffung einer Europa-Armee am 24. Oktober 1950 vor, nicht erst am 28.

Insgesamt ist Vanden Berghe aber eine ebenso gut informierte wie ausgewogene Gesamtdarstellung gelungen. Durch die prägnante Form der Darstellung empfiehlt sie sich als aktuelle Einführung in einen zentralen Bereich der jüngsten Zeitgeschichte. Mit ihren klaren Aussagen wird sie hoffentlich zur Versachlichung der Diskussion über den Kalten Krieg beitragen.

Wilfried LOTH, Essen

Dirk KROEGEL, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München (R. Oldenbourg) 1997, 367 S. (Studien zur Zeitgeschichte, 52).

Der dritte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ist national wie international weitgehend in Vergessenheit geraten: Der Name Kurt Georg Kiesinger rangiert weit hinter der Bezeichnung seiner Regierung – der »Großen Koalition«. Diese taucht zumindest immer wieder einmal in der politischen Diskussion auf, um allerdings in der Regel auch ebenso rasch wieder verworfen zu werden. Das Regierungsbündnis aus CDU, CSU und SPD der Jahre 1966 bis 1969 mutet lediglich wie ein Intermezzo in der westdeutschen Geschichte an; erst recht gilt ihr Chef als eine Übergangsfigur, der im Schatten der übrigen Amtsinhaber verschwindet. Daran ist vor allem die Tatsache schuld, daß sich mit Kiesingers Namen scheinbar weder ein originelles Programm noch eine herausragende persönliche Leistung verbindet. Zu Unrecht, wie die Dissertation Dirk Kroegels über die Außen-, insbesondere die Ost- und Deutschlandpolitik, der »Großen Koalition« belegt.

Die Untersuchung beruht auf einer Auswertung von Kiesingers Nachlaß – Artikeln, Reden, Interviews, Hintergrundgesprächen, vor allem aber Korrespondenz. Daneben stützt sich der Autor auf zahlreiche Zeitzeugenbefragungen, was mangels zugänglicher zeitgenössischer Archivalien sicher legitim ist. Indes haben die so gewonnenen Informationen für Kroegels Argumentation wie Darstellung oft einen derart hohen Stellenwert, daß man sich zumindest einen kurzen quellenkritischen Rekurs gewünscht hätte, der verdeutlichte, daß der Autor sich der Problematik von Zeitzeugenbefragungen bewußt ist. Die Arbeit ist umfassend angelegt und erfaßt neben dem eigentlich interessierenden außenpolitischen Thema auch die wichtigsten innenpolitischen Etappen der »Großen Koalition«, soweit diese Aufschluß geben über Entwicklung und Zusammenhalt des Regierungsbündnisses. So schildert der Autor zunächst dessen Bildung im September 1966 und Kiesingers Ringen mit innerparteilichen Rivalen – ein teilweise schmutziger Kampf, in dem auch die

Vergangenheit des Kandidaten als NSDAP-Parteimitglied zu – letztlich haltlosen – Denunziationen mißbraucht wurde. Auf seiten der SPD war es vor allem Herbert Wehner, der für eine »Große Koalition« optierte. Zwischen dem Kanzler und dem führenden Sozialdemokraten, der dem Kabinett schließlich als Minister für Gesamtdeutsche Fragen angehörte, entwickelte sich ein enges persönliches Verhältnis. Dieses war durch tiefen gegenseitigen Respekt, aber auch Wehners Geschick im Umgang mit dem Schmeicheleien durchaus zugänglichen Kiesinger geprägt. Vor allem aber stimmten beide darin überein, die bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik zu aktivieren.

Bereits Kiesingers erste Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 lieferte den Beweis, daß sich die Bundesrepublik außenpolitisch neu profilieren wollte: Der Kanzler stellte nicht mehr Westbindung und Wiedervereinigung an die Spitze seiner Ausführungen, sondern er erklärte Friedenssicherung und Völkerverständigung zum Grundanliegen seiner Politik. Den Staaten des Ostblocks, vor allem Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, aber auch der DDR machte er konkrete Gesprächsangebote. Das sieht auch Kroegel so. Indes konzentrieren sich seine Ausführungen zunächst auf den frankreichpolitischen Gehalt von Kiesingers Erklärung und die – letztlich müßige – Frage, ob der Kanzler »Gaulist« oder eher »Atlantiker« gewesen sei. Hier resümiert er fälschlicherweise »widersprüchliche Botschaften« (S. 74), da Kiesinger sich zwar zur Notwendigkeit guter deutsch-französischer Beziehungen bekannt, aber auch ein klares Bekenntnis zur Bindung der Bundesrepublik an die USA abgegeben und den Wunsch nach einer Aufnahme Großbritanniens in die EWG geäußert habe. Tatsächlich war aber Kiesingers ostpolitisches Angebot ebenso wie sein Bekenntnis zu einem selbstbewußten, politisch geeinten Westeuropa, das die USA zukünftig global entlasten müsse, dazu angetan, die Sprachlosigkeit, ja die Gegensätze im deutsch-französischen Verhältnis der vergangenen Jahre zu beseitigen. So wurde seine Regierungserklärung zumindest ebenso von den führenden Politikern der Koalition wie von der französischen Regierung verstanden. Auch Kroegels Bilanz von Kiesingers erstem Treffen mit de Gaulle im Januar 1967 betont zu sehr andauernde Gegensätze als die quellenmäßig sehr wohl belegbare Nähe Kiesingers zu de Gaulles europapolitischem Programm sowie seine Einsicht in die notwendige Hilfe, welche die französische Regierung der »Großen Koalition« bei ihren ostpolitischen Initiativen leisten konnte. Diese neue deutsch-französische Gemeinsamkeit wurde allerdings seit dem Mai 1967 durch den Streit über den britischen Antrag auf Mitgliedschaft in der EWG überlagert, den die Bundesregierung nolens volens unterstützte, de Gaulle aber – wie bereits 1962/63 – weiterhin ablehnte.

Richtiger liegt Kroegel in seiner Analyse der Ost- und Deutschlandpolitik der »Großen Koalition«. Diese beruhte auf den beiden Konzepten Kiesingers und Wehners, die trotz unterschiedlicher Zielsetzung zunächst zusammenpaßten: Der Bundeskanzler glaubte, die deutsche Einheit nur im Zusammenspiel mit der Sowjetunion erlangen zu können. Er bejahte auch eine Verbesserung der Beziehungen zur DDR, ordnete sie allerdings dem Kontakt mit Moskau unter. Entsprechende Initiativen sollten nur den guten Willen der Bundesregierung demonstrieren und die Regierung in Ost-Berlin als entspannungspolitischen Bremser entlarven. Dies mochte à la longue dazu führen, daß die sowjetische Führung ihres ostdeutschen Mündels überdrüssig wurde. Für Wehner hingegen genossen die Kontakte zur DDR und die Annäherung beider deutscher Staaten durch wachsende Zusammenarbeit Priorität. Die von ihm ebenfalls konzedierte notwendige Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion sollte den innerdeutschen Dialog lediglich flankieren. Außenminister Willy Brandt besaß für Kroegel in der Zeit der »Großen Koalition« kein kohärentes ostpolitisches Programm, war aber prinzipiell zu weitgehenden Konzessionen bereit.

Kiesinger und Wehner harmonisierten zunächst gut miteinander, da die ihnen grundsätzlich gemeinsame ostpolitische Flexibilität rasche Erfolge zeitigte: Anfang 1967 nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf; im Mai traf ein Brief des

Staatsratsvorsitzenden der DDR, Willi Stoph, in Bonn ein, der im Bundeskanzleramt erstmals auch angenommen wurde und einen offiziellen deutsch-deutschen Dialog einzuleiten schien; im August traf Brandt den rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceaușescu am Schwarzen Meer und stellte überraschende Übereinstimmung in der Frage einer Beendigung des Ost-West-Konflikts fest; im Januar 1968 wurden schließlich die 1957 abgebrochenen Beziehungen zu Jugoslawien wieder aufgenommen. Danach stockte die westdeutsche Ostpolitik allerdings, weil es der DDR mittlerweile mit Hilfe der Sowjetunion gelungen war, die übrigen östlichen Satellitenstaaten darauf zu verpflichten, einen weiteren Ausbau ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik von deren Anerkennung der deutschen Teilung sowie der Oder-Neiße-Grenze abhängig machen. Damit wurden nun auch die ost- und deutschlandpolitischen Divergenzen in der »Großen Koalition« offenbar: Während Kiesinger, gestützt durch CDU und CSU, die geforderten Konzessionen in Bausch und Bogen ablehnte, wollte Wehner den gerade aufgenommenen Kontakt zur DDR keinesfalls abreißen lassen und plädierte daher wie Brandt für Entgegenkommen. Dieser außenpolitische Zwist wurde bald zusätzlich angeheizt durch innenpolitische Auseinandersetzungen, mit denen sich die Koalitionspartner im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen profilieren wollten. Folglich waren die Gemeinsamkeiten der »Großen Koalition« faktisch bereits im Frühjahr 1968 aufgebraucht. Das Ende der Koalition war absehbar und wurde in der Wahlnacht vom 28./29. 9. 1969 lediglich endgültig besiegelt. Für Kroegel hat Kiesinger trotz seines Scheiterns mit seiner Ost- und Deutschlandpolitik letztlich recht behalten, denn 1989/90 ermöglichte erst die sowjetische Zustimmung die Wende in der DDR sowie die Wiederherstellung der deutschen Einheit. So bedenkenswert diese Überlegung ist, bleibt doch die Frage, ob der ostdeutsche Wunsch nach Wiedervereinigung nicht auch aus dem deutsch-deutschen Beziehungsgeflecht resultierte, das in den Jahrzehnten vorher geknüpft worden war.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Gottfried NIEDHART, Detlef JUNKER, Michael W. RICHTER (Hg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim (Palatium Verlag) 1997, XI–402 S.

Überraschend und relativ unvorbereitet sind die Deutschen nach dem Kollaps des Sowjetimperiums als handelnde Akteure auf die Bühne der europäischen Staatenpolitik zurückgekehrt, die sie 1945 anscheinend für immer verlassen hatten. Erneut stellt sich damit die Frage nach der Verträglichkeit der Existenz eines deutschen Nationalstaates mit dem europäischen Staatensystem. Wird das vereinte Deutschland die von der »alten« Bundesrepublik so vorteilhaft ausgeübte Kultur der Zurückhaltung beibehalten können oder aus innen- und außenpolitischen Zwängen heraus der Versuchung erliegen, den Status einer »normalen« und damit auch gleichberechtigten Macht einzufordern? Gefährdet oder stabilisiert Deutschland die nach der Auflösung des bipolaren Machtsystems entstehende neue Staatenordnung? Geographisch an der Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa gelegen, wird es zur Herausforderung deutscher Staatskunst, scheinbar unvereinbare Dinge miteinander zu verbinden. Auf der einen Seite soll Deutschland Stabilität nach Osten und Südosten exportieren und damit seinen Einfluß ausweiten, auf der anderen Seite soll es gerade nicht zu stark werden, um das prekäre Gleichgewicht in Westeuropa nicht zu gefährden. Der historische Vergleich mit Bismarcks Spiel der »fünf Bälle«, das seine Nachfolger zum Schaden Deutschlands und Europas aufgaben, drängt sich auf.

Die Historiker, Politikwissenschaftler und Vertreter aus Diplomatie und Wirtschaft, die sich vom 22.–25. März 1995 zu einer vom Historischen Seminar der Universität Mannheim und dem Deutschen Historischen Institut Washington ausgerichteten internationalen Kon-